**Vollzug der Wassergesetze;
Allgemeinverfügung zum Tauchen mit Atemgerät
im Starnberger See vom 18.8.1994**

Das Landratsamt Starnberg erlässt folgenden

Bescheid:

1. Der Bescheid des Landratsamtes Starnberg vom 18.8.1994 (Allgemeinverfügung) über die Erteilung der beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis nach Art. 17 Bayer. Wassergesetz (BayWG) für das Tauchen mit Atemgerät im Starnberger See wird wie folgt geändert und ergänzt:
 - 1.1 Der Abschnitt I.3 „Gültigkeit“ erhält folgende neue Fassung:
„Die geänderte wasserrechtliche Erlaubnis gilt ab dem Tag nach der Bekanntgabe im Amtsblatt. Die Verlängerung gilt stets widerruflicher Weise unbefristet.“
 - 1.2 Nach dem Punkt I.7.17 wird der Punkt I.7.18 mit folgendem Inhalt eingefügt:
„Die Ge- und Verbote anderer Verordnungen sind unbeschadet der Bestimmungen der Allgemeinverfügung zu beachten.“
 - 1.3 Der Schutzbereich in der Bucht bei St. Heinrich wurde der Verordnung über den Landschaftsbestandteil „Vogelschutzgebiet – Bucht bei St. Heinrich“ angepasst und ist in der Karte als Änderungsbereich ausgewiesen.
 - 1.4 Die als Anlage beigefügte Karte im Maßstab 1:25000 ist Bestandteil dieses Bescheides.
2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem unterfertigten Landratsamt Starnberg in 82317 Starnberg, Postfach 1460, einzulegen. Die Frist ist nur gewahrt, wenn der Widerspruch vor ihrem Ablauf bei der Behörde eingeht.

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in 80005 München, Postfach 200543, Bayerstraße 30, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen vier Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Starnberg, 21.7.1997
Landratsamt Starnberg
Heinrich Frey, Landrat